



E-Demokratie

Nachdem der Bundesrat in Sachen E-Voting unlängst einen Gang zurückgeschaltet hat, fürchten Anhänger der E-Demokratie, dass unser Staatswesen den Schritt in die digitale Zukunft verpasst. Die öffentliche Debatte zur digitalen Demokratie dreht sich dabei bis jetzt primär um Probleme bei der Datensicherheit. Wenig diskutiert dagegen wird über fundamentale Implikationen für die Beziehung zwischen Bürger und Staat.

Wählen und Auswählen

Gastkommentar
von ANDREAS LADNER

Die Schweiz kennt eine tiefe Beteiligung an Wahlen. Die Ursachen dafür werden immer wieder diskutiert. Ein Punkt, der jedoch kaum erwähnt wird, betrifft das Wählen selbst. Man macht es den Wählenden nicht einfach – im Gegenteil: Nicht allen nur durchschnittlich an der Politik Interessierten ist es gegeben, sieben Namen für die Stadt- oder Kantonsregierung aus dem Kopf auf das Papier zu bringen, was zum Teil ausgiebige Recherchen im Altpapier oder im Internet zur Folge hat.

Besonders gefordert sind die Zürcherinnen und Zürcher, die bei den letzten Nationalratswahlen 35 Namen von Hand auf eine Liste schreiben mussten, wobei sie unter 873 Kandidierenden auf 35 Listen auswählen konnten. Natürlich können sie auch einfach eine Parteiliste einwerfen, aber wer macht das heute noch. Kumulieren und Panaschieren sind zunehmend beliebtere Möglichkeiten, seine persönlichen Präferenzen zum Ausdruck zu bringen. Es fehlt aber an Hilfsmitteln, dies auf eine intelligente Art umzusetzen, und es fehlt auch an Platz auf dem Wahlzettel, all die Namen in leserlicher Form niederzuschreiben. Eine Folge davon ist jeweils eine stattliche Zahl ungültiger Stimmen.

Idealerweise würde man heute den Wahlzettel elektronisch zusammenstellen. Auf einer Website kann man zwischen einer leeren und einer Parteiliste auswählen und diese Liste dann mit Namen füllen oder modifizieren. Das Gesamtangebot, aus dem man auswählen kann, erscheint auf der einen Seite des Bildschirms, der auszufüllende Wahlzettel auf der anderen. Mit «drag and drop» kann eine ausgewählte Person auf die Wahlliste befördert oder von dieser entfernt werden. Mit einem Doppelklick wird panaschiert. Das Angebot an Kandidierenden kann so angezeigt werden, dass einem die Auswahl leichter fällt. So können sämtliche Kandidaten nach Parteizugehörigkeit, Bisherigen-Status, Geschlecht, Alter und Beruf sortiert werden.

Alle diese Informationen sind heute bereits in den Wahlunterlagen verfügbar, können aber kaum systematisch verarbeitet werden. Vielleicht möchte man darüber hinaus auch noch wissen, wie sich die einzelnen Personen zu wichtigen Sachfragen stellen. Dann würde man sich alle Kandidierenden anzeigen lassen, die beispielsweise für oder gegen eine Erhöhung des Rentenalters, eine

Beschränkung der Einwanderung oder den Ausstieg aus der Atomenergie sind, und entsprechend der persönlichen politischen Haltung solche Personen auf die Wahlliste setzen oder von dieser entfernen. Auch diese Informationen sind heute im Prinzip für gegen 90 Prozent der Kandidierenden erhältlich, sie befinden sich auf Wahlhilfe-Webseiten wie Smartvote und Vimentis.

Die so zusammengestellte Wahlliste kann natürlich ausgedruckt werden. Das Gesetz verbietet es noch, sie mit einer Unterschrift versehen einzuschicken, aber da die Betreiber der Website auch die Kandidatennummer mitliefern, kann die Auswahl einfach und korrekt auf die Wahlunterlagen übertragen werden.

Noch einfacher und attraktiver wird es, wenn wir dereinst elektronisch wählen. Dass die bis anhin durchgeführten Versuche kaum positive Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung – auch nicht bei den Jüngeren – gehabt haben, liegt vor allem daran, dass sie keinen Mehrwert in Bezug auf das Auswählen von Kandidierenden und Parteien anbieten. Nur in Kombination mit solchen Auswahlmöglichkeiten wird das elektronische Wählen zu einer Erfolgsgeschichte. Die Wählenden erhalten endlich die Möglichkeit, einfach und informationsbasiert zu wählen. Natürlich wäre es zeitgemäss, wenn sie ihren Wahlentscheid möglichst direkt auf das offizielle elektronische Wahlformular übertragen könnten und nicht sämtliche Kandidaten-Codes noch einmal von Hand eingeben müssten.

Entscheidend aus politikwissenschaftlicher Perspektive sind beim E-Voting nicht Aspekte der Sicherheit, sondern die Teilnahme und vor allem der Prozess des Auswählens. Dieser wird vom elektronischen Wählen markant beeinflusst, was eine Reihe von Fragen aufwirft. Was geschieht mit den Parteien, wenn die Parteizugehörigkeit beim Auswahlprozess immer stärker in den Hintergrund rückt? Wie geht man damit um, wenn solche elektronisch zusammengestellte Wahllisten ausgetauscht oder als Wahlempfehlungen verbreitet werden? Was bedeutet es, wenn Kandidaten immer mehr aufgrund von konkreten Wahlversprechen gewählt werden? Wer sich aber angesichts solcher Bedenken gegen das elektronische Wählen stellt, leistet der Weiterentwicklung der Demokratie einen schlechten Dienst. Wichtig ist, dass man allfällige Risiken erkennt, darüber spricht und mit ihnen umzugehen lernt.

Andreas Ladner ist Professor für Politikwissenschaft am IDHEAP, Universität Lausanne.

Risiken und Nebenwirkungen

Gastkommentar
von UWE SERDÜLT

Wunsch und Wirklichkeit klaffen beim Thema E-Demokratie immer noch stark auseinander. Die meisten Projekte kommen nicht über eine Pilotphase hinaus und bleiben ohne Folgen. Anreizstrukturen für einen längerfristigen Betrieb fehlen und sind noch zu erfinden. Wohlgermerkt, es gibt funktionierende Beispiele: So etwa die durch ein Online-Portal unterstützte Volksinitiative in Finnland, die indirekt aus der Europäischen Bürgerinitiative entstanden ist. Der Initiativtext kann nicht nur unterstützt, sondern auch diskutiert werden. Experten stehen den Initianten freiwillig mit Rat zur Seite. Oder das Pendant in Lettland, wo eine Volksmotion auf lizenzierten Portalen pragmatisch via das Log-in vom Online-Bankkonto unterstützt werden kann.

In der Schweizer E-Demokratie haben sich bisher erst Online-Wahlhilfen wie z. B. Smartvote durchgesetzt. E-Voting steht einzig im Kanton Neuenburg flächendeckend in allen Gemeinden zur Verfügung. Die politische Diskussion im Internet findet erst in zweiter Linie auf dafür geschaffenen Plattformen wie Politnetz statt. In erster Linie findet sie dort statt, wo nationale Regulatoren wenig Einfluss haben, nämlich auf Twitter, Facebook und Youtube. In diesen sozialen Netzwerken beobachten wir jedoch eine Tendenz zur Polarisierung von Politik sowie Diskussionen, die ins Emotionale abgleiten. Zudem wird aufgrund der Konvergenz von Medienkanälen das Verbot politischer Werbung in Radio und Fernsehen je länger, je mehr umgangen.

Online-Wahlhilfen funktionieren hier gut und werden als Orientierungshilfe für Unentschlossene immer populärer. Umso wichtiger ist es, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen: Welche Fragen werden gestellt, welche Antwortmöglichkeiten hat man, welche Algorithmen kommen zum Einsatz? Solche Faktoren beeinflussen das angezeigte Resultat, so dass einzelne Kandidierende oder ganze Parteien unter Umständen bevorzugt sein können. E-Voting ist besonders bei Auslandschweizern beliebt und auch in der Schweiz dort, wo es bisher zum Einsatz kam, deutlich stärker genutzt als der Gang zur Urne. Für das politische System der Schweiz ist E-Voting weni-

ger problematisch als ein zukünftiges E-Collecting, das Sammeln von elektronisch signierten Unterschriften. Wenn wie in Finnland oder Lettland per Internet gesammelte Unterschriften zu einer Gesetzesvorlage im Parlament führen, lassen sich diese auch in relativ hoher Anzahl verarbeiten. Ob das für die Schweiz, wo Unterschriften zu Abstimmungen führen, wünschbar ist, sollte gut bedacht sein. Zudem wird E-Collecting einer weiteren Skandalisierung von Politik in den (sozialen) Medien Vorschub leisten, weil das der effizienteste Weg zu einer elektronischen Unterschrift sein wird.

Etwas geht zudem vergessen in der allgemeinen Vorstellung von E-Demokratie. Der ganze sogenannte intermediäre Sektor – also Parteien, Verbände, Vereine, NGO – kommt nicht vor. Die E-Demokratie fehlt also dort, wo politische Auseinandersetzungen zwischen Staat und Gesellschaft stattfinden. In den allermeisten Fällen findet der gesetzgeberische Prozess nämlich in Staatsebenen-übergreifenden Netzwerken von Organisationen statt. Der direkte Volksentscheid ist eigentlich die Ausnahme, und auch der will vorbereitet sein. Es herrscht die romantische Vorstellung, dass über das Internet eine «sauberere» Politik möglich sei – das Internet als Medizin gegen die Übel der Politik. Interessenorganisationen sind jedoch im Gegensatz zum sporadisch hyperventilierenden Klick-Aktivismus die stabilere Adresse für politische Anliegen. Ohne eine Verbindung zwischen Online-Aktivistinnen und Interessenverbänden kann eine E-Demokratie nicht nachhaltig betrieben werden.

Eine stärkere technologische Vernetzung im Alltag bringt nicht per se bessere Lösungen. Den Befürwortern des «Internets der Dinge», das uns dereinst mittels omnipräsenter Sensoren ruckelfrei durch den Alltag steuern soll, sei ins Gewissen geschrieben, dass man sich auf diesem Weg der politischen Auseinandersetzung in letzter Konsequenz entledigt. Es kann sein, dass dies gewünscht ist. Was gute Politik ist, entscheidet dann aber nicht mehr der Souverän, sondern, wie es Lawrence Lessig bereits 1999 formulierte: der Code.

Uwe Serdült ist wissenschaftlicher Abteilungsleiter und Lehrbeauftragter am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) an der Universität Zürich.